Deutscher Bundestag **Drucksache 19/9821**
19. Wahlperiode 03.05.2019

Fragen

für die Fragestunde der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. Mai 2019

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

   Werden die Mittelaufstockungen, die im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2019 für die Freiwilligendienste vorgenommen wurden und u. a. für die Verbesserungen der pädagogischen Begleitung vorgesehen waren, im Jahr 2020 und darüber hinaus verstetigt?

2. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

   Werden die Mittel für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Jahre 2022 und 2023 verstetigt?

3. Abgeordnete **Daniela Kluckert** (FDP)

   Wie bewertet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Einfluss von Elektrokleinstfahrzeugen auf die Mobilität von Jugendlichen im ländlichen Raum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter **Klaus-Peter Willsch** (CDU/CSU)

   Würde die Bundesregierung eine Teilnahme der Republik China (Taiwan) an der Weltgesundheitsversammlung im Mai dieses Jahres begrüßen?

5. Abgeordneter **Klaus-Peter Willsch** (CDU/CSU)

   Würde sich ein Vertreter der Bundesregierung im Umfeld der Weltgesundheitsversammlung mit taiwanischen Amtsträgern treffen, falls Taiwan eine Teilnahme an der Veranstaltung verwehrt wird?

6. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD)

Hält die Bundesregierung die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern bei einer Sterblichkeit von 0,1 Prozent für verfassungsgemäß, wenn das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urteil vom 14. Juli 1959, I C 170.56) im Jahr 1959 die damals geltende Impfpflicht gegen Pocken damit rechtfertigte, dass eine Pockenerkrankung in circa 30 Prozent (www.rki.de/DE/Content/Infekt/Biosicherheit/Agenzien/bg_pocken.pdf?__blob=publicationFile) der Fälle tödlich verläuft?

7. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)

Wann und durch wen werden erstmalig aggregierte und valide Daten zu Einhaltung und Wirksamkeit der Pflegepersonaluntergrenzen veröffentlicht?

8. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Wie hoch ist der Anteil der zugelassenen Arzneimittel in Deutschland, die aus gentechnischer Herstellung stammen bzw. mittels Genome-Editing-Verfahren hergestellt wurden, und mit welchem Anteil an Neuzulassungen von Arzneimitteln, welche mit den genannten Verfahren hergestellt wurden, rechnet die Bundesregierung in den nächsten Jahren?

9. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung ein Problem, dass möglicherweise mit der Neuregelung von § 5 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch durch das Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) zum August 2017 nicht nur freiwillig Versicherte mit Kindern, sondern auch privat Krankenversicherte mit Kindern zu diesem Stichtag gesetzlich Pflichtversicherte wurden, und dass durch das Nichtwissen um diesen Umstand (private Krankenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung und Betroffene), die private Krankenversicherung weitergeführt wird und gleichzeitig Beitragsrückstände für die unwissentlich bestehende gesetzliche Pflichtversicherung entstehen (bis zu vier Jahre lang), und wann will sie dieses Problem lösen?

10. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung in dem vom Bundesministerium für Gesundheit vorgelegten Referentenentwurf zur Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) bei der Festschreibung einer Frauenquote für Spitzengremien des Gesundheitswesens auf den GKV-Spitzenverband beschränkt und für andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, die Kassenärztlichen Vereinigungen oder Krankenkassen keine solche Quote vorgesehen, obwohl Frauen in deren Vorständen und Aufsichtsgremien wesentlich stärker unterrepräsentiert sind als im GKV-Spitzenverband (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 3, 5 und 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/725)?

11. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung die Einführung eines Tabakwerbeverbots, insbesondere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der einerseits gegenüber dem „DER SPIEGEL“ gesagt hat, als Gesundheitsminister unterstütze er Vorschläge, die Tabakwerbung weiter einzuschränken (DER SPIEGEL, 9. Februar 2019) und andererseits in einem Interview mit der „DIE WELT“ sagte, Rauchen sei sehr schädlich, aber „Wir können den Leuten nicht alles vorgeben“ (DIE WELT, 5. April 2019), und welche europäischen Länder haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits ein Verbot der Außenwerbung für Tabakprodukte beschlossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

12. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann wird der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer das von ihm Mitte April 2019 angekündigte „Elektromobilitäts-Gesetzespaket“ vorlegen, und welche Maßnahmen bzw. Regelungen sollen darin enthalten sein (vgl. www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/scheuer-will-bahnfahren-billiger-machen-32389630)?

13. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche genauen Erwartungen hinsichtlich konkreter Zusagen der tschechischen Seite hat die Bundesregierung bei der Metropolenbahn München/Nürnberg–Schwandorf–Regensburg–Fürth i. W.–Prag, um selbst einen Planungsauftrag zu erteilen (bitte detaillierter aufschlüsseln als dies bisher in den Antworten auf meine Schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 19/9822, 175 auf Bundestagsdrucksache 19/8434 und 150 auf Bundestagsdrucksache 19/7797 erfolgte), und wie sieht der konkrete Zeitplan für die Aufnahme und den geplanten Abschluss der Gespräche mit der tschechischen Seite zur einvernehmlichen Realisierung des Gesamtprojekts Metropolenbahn aus (bitte konkrete Termine benennen, soweit vorhanden)?

14. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Seit wann (bitte Zeitpunkt angeben) engagiert die Deutsche Bahn AG Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte/Anwaltskanzleien für die Vorbereitung und Durchführung der Klage gegen die Projektpartner des Bahnprojektes Stuttgart 21 mit dem Ziel, diese an den Mehrkosten zu beteiligen (www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-stuttgart-21-langes-warten-auf-milliardenprozess.e2324b34-26d3-4382-a7ba-1639fee55e12.html), und welche Kosten sind für den bundeseigenen Bahnkonzern hierfür bisher angefallenen (bitte Kosten nach Jahren angeben)?

15. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hat sich die Personalstärke für die Planung von Sanierungs-, Aus- und Neubauprojekten bei der Deutschen Bahn AG seit dem Jahr 2010 entwickelt, und wie hat sich die Personalstärke für die Projektgenehmigung beim Eisenbahn-Bundesamt seit dem Jahr 2010 verändert (bitte umgerechnet auf Vollzeitstellen und für die einzelnen Jahre angegeben)?

16. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Hält es die Bundesregierung für eine begrüßenswerte Freizeitgestaltung bzw. ein unterstützungswürdiges Hobby, wenn deutsche private, nicht gewerbliche Seenotretterinnen und Seenotretter das Mittelmeer nach Seenotrettungsfällen absuchen und im Ereignisfall sofort die zuständige Seenotrettungsleitstelle alarmieren, damit diese Rettungsmaßnahmen einleitet, und mit welcher Begründung will das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Verein „Mare Liberum“ wie mir bekannt vorschreiben, dass es

sich beim Betrieb des unter Bundesflagge fahrenden Schiffes „Mare Liberum“ in der Ägäis nicht um eine Freizeitgestaltung, sondern eine berufsmäßige Tätigkeit handelt, obwohl diese außerhalb der Berufstätigkeit der Besatzung und ausschließlich selbstlos erfolgt?

17. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Aus welchem Grund haben das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bzw. die Dienststelle Schiffssicherheit der BG Verkehr ihren Gefahrenverdacht, der schließlich in eine Festhalteverfügung (vgl. Pressemitteilung von „Mare Liberum“ vom 29. April 2019, https://mare-liberum.org/de/presse) mündete, nicht am konkreten Zustand des Schiffes „Mare Liberum“ bzw. dessen Nutzungszweck zur Beobachtung des Mittelmeers nach Seenotrettungsfällen orientiert, wozu der Verein „Mare Liberum“ für eine Gefahreinschätzung sogar die Besichtigung des Schiffes anbot und dieses nach meiner Kenntnis über alle notwendigen Zeugnisse verfügt, die nach einer Neuvermessung des Schiffes am 3. August 2018 zur Eintragung ins deutsche Schiffsregister durch das Bundesamt für Seeschifffahrt Rostock geführt haben, und inwiefern gilt ein solcher angeblicher Gefahrenverdacht aus Sicht des Bundesministeriums auch in Fällen, in denen für Sport- und Freizeitzwecke zugelassene Schiffe zur Beobachtung von Regatten oder anderen kommerziellen Veranstaltungen genutzt werden?

18. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Mitarbeitende im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sind mit dem Thema Flughafen Berlin-Brandenburg BER betraut, und wie häufig erstatten sie dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Bericht über den Flughafen Berlin-Brandenburg BER?

19. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie viele Kontrollen bezüglich der Lenk- und Ruhezeiten im Güterverkehr hat das Bundesamt für Güterverkehr nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten vier Jahren auf den Autobahnen in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-

Anhalt und Thüringen durchgeführt, und bei wie vielen dieser Kontrollen wurden Verstöße gegen die gesetzlichen Vorgaben festgestellt (bitte nach Bundesland und Jahr aufschlüsseln)?

20. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung beim Bau der A 14 zu den Kosten des Bauabschnitts zwischen Osterburg und der Elbe, und was würde nach Kenntnis der Bundesregierung ein alternativer Ausbau der B 189 kosten?

21. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu den Planungen, Kostenschätzungen und Kostenverteilungen für die Elbquerung in der altmärkischen Höhe, und wie werden die Kosten verteilt (bis 2014 hat die EU 42 Prozent getragen)?

22. Abgeordneter **Oliver Luksic** (FDP)

Welche Chancen sieht die Bundesregierung für eine Realisierung der Nordumfahrung am nördlichen Stadtrand von Saarbrücken, bestehend aus den im Bundesverkehrswegeplan festgeschriebenen Verbindungen der A 623 an die A 1 und der A 623 an die A 620, auch im Hinblick auf die Stärkung des grenzübergreifenden Verkehrs zwischen Frankreich, Luxemburg und Deutschland über das Verkehrskreuz Saarbrücken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

23. Abgeordneter **Oliver Luksic** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die CO_2-Bilanz von batteriebetriebenen Elektromotoren für PKW, insbesondere im Hinblick auf die Kritik an der bisherigen Bewertung dieser Bilanz, beispielsweise durch Christoph Buchal, Hans-Dieter Karl und Hans-Werner Sinn (www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2019-08-sinn-karl-buchal-motoren-2019-04-25.pdf), etwa im Hinblick auf die Herstellung und Entsorgung der nötigen Batterien,

der Zusammensetzung des genutzten Strommixes und der grundsätzlichen Ganzheitlichkeit der Bilanzierung?

24. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Bis wann sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die beim zuständigen Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit laufenden Genehmigungsverfahren für die Einlagerung von Castorbehältern in Verbindung mit den geplanten Rücktransporten von verglasten Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente aus Sellafield (UK) und La Hague (Frankreich) jeweils für die Zwischenlager in Philippsburg, Isar, Brokdorf bzw. Biblis abgeschlossen sein, und wann sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die Castortransporte aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in die jeweiligen Zwischenlager nach derzeitigem Planungsstand jeweils stattfinden (vgl. www.bfe.bund.de/DE/ne/abfaelle/rueckfuehrung/rueckfuehrung.html)?

25. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welcher Zeitplan ist für die weitere Erarbeitung eines Konzepts zum Know-how-Erhalt in nuklearen Sicherheitsfragen vorgesehen (bitte möglichst mit Angabe aller betreffenden Meilensteine; vgl. Artikel „Nukleare Exportschlager“ in Süddeutsche Zeitung vom 12. April 2019), und welche Bundesressorts sind hieran beteiligt (bitte mit Angabe der Federführung)?

26. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen, dass die Auslegung des Atomkraftwerks Greifswald 5 bereits Anfang der 1990er Jahre nicht den bundesdeutschen atomrechtlichen Anforderungen an die Schadensvorsorge genügte (bitte möglichst mit Angabe der wesentlichen sicherheitstechnischen Gründe/Bereiche wie beispielsweise Vermaschung, Auslegung gegen Einwirkungen von außen etc.; vgl. hierzu „Sicherheitsbeurteilung des Kernkraftwerks Greifswald, Block 5“ der Gesellschaft für Reaktorsicherheit gemeinsam mit Kurtschatow-Institut für Atomenergie, OKB Gidropress und Atomenergoprojekt vom März 1992, Bericht „GRS-88“), und gegebenenfalls für welche dieser wesentlichen Defizite wäre

eine Nachrüstung nach Ansicht der Bundesregierung besonders kompliziert bis praktisch unmöglich gewesen?

27. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Atomkraftwerken lagern bislang radioaktive Abfälle im Zwischenlager Mitterteich (bitte nach Gebinde und Anteil an momentaner Kapazität des Zwischenlagers aufschlüsseln), und wie soll sich die Auslastungsquote des Zwischenlagers Mitterteich nach Kenntnis der Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren verändern?

28. Abgeordnete **Judith Skudelny** (FDP)

Welchen konkreten Inhalt hat das Insektenschutzgesetz, dessen Entwurf laut Tickermeldung vom 17. Februar 2019 bereits der Nachrichtenagentur afp vorlag (www.welt.de/newsticker/news1/article188931547/Tiere-Umweltministerin-Schulze-strebt-bundesweites-Insektenschutzgesetz-an.html)?

29. Abgeordnete **Judith Skudelny** (FDP)

Wieso war es offensichtlich möglich, dass problematische deutsche Plastikabfälle z. B. Länder wie Malaysia erreichen (www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kampf-gegen-plastikmuell-nur-noch-sortiertes-soll-ins-ausland.7db3692d-1589-4e68-9093-d8aedba9e37e.html)?

30. Abgeordnete **Dr. Bettina Hoffmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Fortschritte gab es bei der 14. Vertragsstaatenkonferenz zum Basler-Übereinkommen in Bezug auf das von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze geäußerte Anliegen, Exporte von unsortiertem Plastikmüll zu verbieten (www.taz.de/!5591039/)?

31. Abgeordnete **Dr. Bettina Hoffmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Mengen an unsortiertem Kunststoffabfall wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2010 pro Jahr aus Deutschland exportiert, und welche Mengen wurden davon nach Kenntnis der Bundesregierung nachweislich recycelt oder einer anderen Verwertung zugeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

32. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD)

Teilt die Bundesregierung die Sorge der Fraktion der AfD über eine Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit aufgrund „Politischer Korrektheit" in Deutschland, beispielsweise angesichts des Widerstands gegen die von der Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, Prof. Susanne Schröter, geplante „Kopftuch-Konferenz" an der Universität Frankfurt (www.faz.net/aktuell/rhein-main/streit-um-kopftuch-konferenz-in-frankfurt-eskaliert-16157556.html) oder gegen das „interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Diktaturforschung", das der Historiker Prof. Jürgen Baberowski an der Humboldtuniversität in Berlin ins Leben rufen will (www.epochtimes.de/politik/deutschland/linksextreme-fuehren-kampagnen-gegen-missliebige-professoren-und-rektoren-ducken-sich-weg-a2816023.html; www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/interne-universitaets gutachten-der-hu-publik-gemacht-16051477.html)?

33. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen soll nach den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2020 und Finanzplan bis 2023 des Bundesministeriums der Finanzen, die am 20. März 2019 veröffentlicht wurden, in den nächsten Jahren der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sinken, und welche Höhe soll der BMBF-Etat nach dem Willen der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek in 2020 und den Folgejahren haben, die in der Tageszeitung „DIE WELT" vom 28. April 2019 sagte, es wäre ein „fatales Signal, vor allem in unsere Wirtschaft hinein, wenn im Bundeshaushalt 2020 ausgerechnet die Ausgaben des für Bildung und Forschung zuständigen Ministeriums zurückgeschraubt würden"?

34. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie werden sich die BAföG-Zahlungen an die Schülerinnen und Schüler und Studierenden laut Simulation des Fraunhofer-Instituts in den nächsten Jahren entwickeln (bitte getrennt nach Schülern/Studierenden ausweisen), und wie passen diese zur Etat- und Finanzplanung der Bundesregierung vor dem Hintergrund von Behauptungen, dass ein Teil des Geldes nicht gebraucht würde, was nach meiner Auffassung wiederum darauf schließen lässt, dass eine deutlich größere BAföG-

Novelle als bisher von der Bundesregierung geplant darstellbar wäre (siehe www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-bildungsetat-hamburger-bildungssenator-kritisiert-karliczek-1.4427885)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

35. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Handelt es sich bei den von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Rahmen ihrer Afrikareise getätigten Mittelzusagen (5,5 Mio. Euro für ein Programm zur Rekultivierung ausgetrockneter landwirtschaftlicher Böden in Burkina Faso, 15 Mio. Euro für die Modernisierung eines Krankenhauses und den Aufbau kleinerer Gesundheitsstationen in Niger, weitere 20 Mio. Euro für Brunnenbohrungen und Stauseebau – www.sueddeutsche.de/politik-merkel-afrika-burkina-faso-hilfsgelder-terrorismus-1.4429166) um zusätzliche Gelder oder um Gelder, die bereits im Rahmen der Sahelkonferenz im Februar 2018 zugesagt und eingeplant wurden (https://m.dw.com/de/mehr-geld-als-erwartet-für-sahel-truppe/a-42709606), und welche zusätzlichen Mittelzusagen machte die Bundeskanzlerin auf ihrer Reise im Bereich der Sicherheitspolitik (bitte nach Ländern und Höhe aufschlüsseln)?

36. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den verheerenden Tropenstürmen Idai und Keneth, die kürzlich Mosambik getroffen haben und aus dem Zyklon Fani, der Indien und Bangladesch derzeit erreicht, für ihre Klima- und Entwicklungspolitik, und ist sie bereit, vor dem Hintergrund zunehmender Schäden durch Extremwetterereignisse in Entwicklungsländern ihre bisherige ablehnende Haltung (vgl. u. a. die Antwort auf meine Mündliche Frage 38 in der Plenarsitzung vom 17. Oktober 2018) zu einem Staatsschuldenmechanismus zu revidieren, da im Katastrophenfall die nicht mehr bedienbaren Staatsschulden zusätzlich entwicklungshemmend wirken (vgl. erlassjahr Fachinformation 59: Vor dem nächsten Sturm: Entschuldung als Krisenreaktion in der Karibik)?

37. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)

Wie weit ist die Planung des Entwicklungsinvestitionsfonds (Africa Grow und Africa Connect) vorangeschritten (www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2019/april/190412_Neue-Arbeitsplaetze-in-Afrika-Norbert-Barthle-stellt-deutsche-Finanzierungsangebote-an-den-Mittelstand-bei-der-Weltbank-vor/index.html), insbesondere was die Fondsstruktur und den Fondssitz betrifft, und welche weiteren Investoren hat die Bundesregierung bisher für die Finanzierung der Fonds gewinnen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

38. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)

Welche G20-Länder außer Deutschland beteiligen sich derzeit aktiv am Compact with Africa, und in welchen afrikanischen Ländern wurden bisher sogenannte „Compact-Teams“ (www.compactwithafrica.org/content/dam/Compact%20with%20Africa/reports/G20%20Compact%20Teams.pdf) eingerichtet?

39. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung Mieterinnen und Mieter vor hohen Zusatzbelastungen durch die weiterhin auf sie umlegbare Grundsteuer schützen, wenn jene nach meiner Auffassung absehbar vor allem in den Ballungszentren wie Berlin künftig dadurch steigen, dass sie – laut Vorschlag des SPD-Bundesfinanzministers – gemäß Mietertrag, Richtwert sowie Alter einer Immobilie berechnet würde statt nur nach deren Fläche (wie das CSU-regierte Bayern vorschlug; www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/grundsteuer-reform-olaf-scholz-ueberarbeitung-kanzleramt), und warum hat die Bundesregierung nicht zwecks Mieterschutz – etwa als zweiten Teil zum vom BMF entworfenen Gesetz zur Grundsteuer-Neuberechnung – entsprechend grünen Vorschlägen seit Anfang 2017 (zuletzt im Gesetzentwurf vom 29. März 2019: Bundestagsdrucksache 19/8827) die Umlegbarkeit der Grundsteuer in jeglicher Höhe auf Mieter via Betriebskosten beseitigt?

40. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)

Bestätigt die Bundesregierung die Einführung einer CO_2-Steuer, nachdem in den letzten Tagen einzelne Bundesminister über die mögliche Einführung berichtet haben (www.neues-deutschland.de/artikel/1117710.co-steuer-koalition-folgt-svenja-schulze-zoegerlich.html; www.welt.de/politik/deutschland/article183535810/Absage-von-Scholz-Umweltministerin-will-Benzin-und-Heizoel-verteuern.html), und kann sie bestätigen, dass die Steuern und Abgaben bis zum Ende der Legislaturperiode für Autofahrer konstant bleiben?

41. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche fachlichen Einschätzungen trifft die Bundesregierung hinsichtlich der durch das Untersuchungsgremium der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde identifizierten Vertragsverletzungen der estnischen und dänischen Aufsichtsbehörden im Zusammenhang mit dem Danske Bank Geldwäschefall im Einzelnen (www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/geldwaescheskandal-nationale-eu-aufseher-schonten-im-danske-skandal-ihre-kollegen/24268108.html?ticket=ST-462538-duvUuveRJNRYYPAc9JXN-ap6)?

42. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung die vollständige Aufarbeitung eines der größten europäischen Geldwäscheskandale, in den auch die Deutsche Bank als Korrespondenzbank verstrickt ist, national und europäisch voranzutreiben (www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/geldwaescheskandal-nationale-eu-aufseher-schonten-im-danske-skandal-ihre-kollegen/24268108.html?ticket=ST-462538-duvUuveRJNRYYPAc9JXN-ap6)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

43. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie erfolgt die Zuordnung zu dem Personenpotenzial von Reichsbürgern und Selbstverwaltern, und welche Merkmale sind dafür ausschlaggebend?

44. Abgeordneter **Stephan Brandner** (AfD)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils das linke, rechte und sonstige, vor allem extremistische, Personenpotenzial bei sog. Reichsbürgern und Selbstverwaltern, und wie hoch ist das Personenpotenzial insgesamt?

45. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Beschäftigte bzw. Beamte von Bundesbehörden oder Soldaten der Bundeswehr von straf- bzw. dienstrechtlichen Ermittlungen mit Bezug zu den „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ betroffen (bitte unter Angabe von Betroffenenanzahl und Ermittlungsanlässen; vgl. Bundestagsdrucksache 19/9169, www.t-online.de/nachrichten/id_85099334/wer-steckt-hinter-dem-deutschen-ku-klux-klan-.html)?

46. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Ermittlungs- oder Disziplinarverfahren im Zusammenhang mit Sachverhalten des islamistischen Extremismus bzw. Ausreisesachverhalten von Dschihadisten gegen Vertrauenspersonen, VP-Führer und Verdeckte Ermittler in den Jahren 2015 bis 2017 eingeleitet (bitte nach Jahren und Dienstherrn der Betroffenen aufschlüsseln)?

47. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern wurden DNA-Spuren im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum sog. NSU-Komplex seit 2015 mit Datenbanken abgeglichen (bitte nach Datenbank und Datum des Abgleichs aufschlüsseln), und wie lange werden diese Beweismittel – insbesondere vor dem Hintergrund der in diesem Zusammenhang erlassenen Löschmoratorien – aufbewahrt?

48. Abgeordnete **Filiz Polat** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, mit einer Gesetzesänderung das von Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes angelegte Ziel, Ausbürgerungen, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen 1933 und 1945 erfolgten, und deren Folgen, auch gegenüber Nachkommen nichtehelicher Kinder eines während der NS-Zeit ausgebürgerten deutschen Vaters und der Nachkommen von vor dem 1. April 1953 geborenen ehelichen Kindern während der NS-Zeit ausgebürgerter Mütter, zu verwirklichen,

und weshalb wurde bisher von Seiten der Bundesregierung noch keine Gesetzesänderung vorangetrieben?

49. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung von Deutschland aus durchgeführt (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach Geschlecht und Differenzierung nach Altersgruppen 0 bis 5 Jahre, 5 bis 18 Jahre, 18 bis 65 Jahre und älter als 65 Jahre)?

50. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele Abschiebungen gab es in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 (bitte nach den zehn wichtigsten Zielstaaten sowie zwischen Linien- und Charterflügen differenzieren und in jedem Fall Angaben zu Marokko, Algerien und Tunesien machen), und wie viele rechtswidrige Abschiebungen gab es im bisherigen Jahr 2019?

51. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele der bislang aus Malta und Italien überstellten Asylsuchenden, die aus Seenot gerettet wurden und bei denen Deutschland die Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren übernommen hat, hatten eine sogenannte gute Bleibeperspektive, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung mehrfach erklärt hat, dass nur Asylsuchende aufgenommen werden sollten, die die Chance hätten, in Deutschland als Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte anerkannt zu werden (vgl. beispielsweise S. 47 des Protokolls der 39. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 20. Februar 2019), der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Dr. Günter Krings jedoch in der Antwort auf meine Mündliche Frage am 10. April 2019 klargestellt hat, dass die Zusage der Bundesregierung für die Übernahme der Zuständigkeit für die Durchführung von insgesamt 185 aus Seenot geretteten Asylsuchenden unabhängig von einer etwaigen Bleibeperspektive geschah (vgl. Plenarprotokoll 19/94), und führen Vertreter der Bundespolizei und des Bundesamts für Verfassungsschutz auf Malta und in Italien Sicherheitsüberprüfungsverfahren auch im Auftrag anderer EU-Mitgliedstaaten durch, vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Asylsuchenden, die zwischen März 2018 und April 2019 überprüft wurden, die Zahl

der Asylsuchenden, bei den Deutschland die Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren übernommen hat, deutlich übersteigt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/9146)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

52. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Inwiefern hat die Haltung der Bundesregierung weiter Bestand, wonach deutsche private, nicht gewerbliche Seenotretterinnen und -retter auf dem Mittelmeer eine außerordentlich wichtige Tätigkeit übernehmen und damit die eigentlich zuständigen staatlichen Seenotrettungsleitstellen unterstützen, wie es die Bundeskanzlerin in der Bundespressekonferenz vom 20. Juli 2018 würdigte, und auch der EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos bekräftigte, wonach Nichtregierungsorganisationen eine „entscheidende Rolle bei der Rettung von Leben gespielt“ hätten („Brüssel lobt NGOs“, dpa vom 31. März 2019), und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um den Organisationen dies zu erleichtern?

53. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung Schweizer Juristen, wonach Großbritannien mit einer Auslieferung des Journalisten Julian Assange an die USA gegen elementarste international anerkannte Grundrechte (Folterverbot, fair trial, Artikel 3 und 6 EMRK) und zwingendes Völkerrecht (Non-Refoulement der Genfer-Flüchtlingskonvention) verstößt (dpa vom 2. Mai 2019 (http://dpaq.de/5vslz), und inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung des UN-Sonderberichterstatters zum Thema Folter, Nils Melzer, eine Auslieferung Julian Assanges an die USA könne diesen „einem echten Risiko schwerwiegender Verletzungen seiner Menschenrechte aussetzen, einschließlich seiner Redefreiheit, seines Rechts auf einen fairen Prozess und des Verbots grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung“ (www.faz.

net/aktuell/politik/ausland/un-menschenrechtler-befuerchtet-gefahr-fuer-assanges-rechte-16127450.html)?

54. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, nachdem der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas bei seinem Aufenthalt in Kolumbien den „Schattenminister“ Juan Guaidós und bekannten Putschist Julio Borges getroffen hat, und dieser Deutschland aufgefordert hat, die Führung der EU bei der Unterstützung der „finalen Aktion“ zum Sturz Nicolás Maduros einzunehmen (https://hqmkre.bitlydns.net/2019/05/01/julio-borges-le-pide-a-alemania-que-lidere-la-accion-final-de-europa-contra-maduro/amp/?_twitter_impression=true)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

55. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um deutsche sowie europäische Unternehmen von den Konsequenzen der vollständigen Aktivierung des sogenannten Helms-Burton-Gesetzes („Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act“ www.treasury.gov/resource-center/sanctions/documents/libertad.pdf) durch die US-Regierung am 2. Mai 2019 (www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/europaeische-union-us-klagen-enteignungen-kuba-helms-burton-gesetz) zu schützen, und wird sie konkret juristische Schritte bei der Welthandelsorganisation einleiten?

56. Abgeordneter **Dr. Rainer Kraft** (AfD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der sogenannten Wirtschaftsweisen, die in ihrem aktuellen Gutachten ein Wirtschaftswachstum von nur noch 0,8 Prozent prognostizieren (www.dw.com/de/wirtschaftsweise-kaum-wachstum-in-deutschland/a-47974110), und besteht aus Sicht der Bundesregierung die Gefahr einer Rezession bei einem signifikanten Nachlassen der Binnenkonjunktur?

57. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Welche Prognosen liegen der Bundesregierung über die zu erwartenden Stellenstreichungen der Automobilhersteller und ihrer Zulieferer in Deutschland und Europa vor (www.manager-magazin.de/fotostrecke/ueberblick-stellenstreichungen-in-europas-autoindustrie-fotostrecke-167605.html), und welche Gründe sind der Bundesregierung dabei für einen etwaigen Stellenabbau im Detail bekannt?

58. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Erfasst die Bundesregierung bundeseinheitlich Unfälle und Havarien von Windkraftanlagen (z. B. Brände, herabfallende Teile, umgestürzte Masten) in Deutschland, und falls ja, wie viele Havarien und Unfälle haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren an Windkraftanlagen in Deutschland ereignet (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

59. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird die Bundesregierung die sogenannte Kaufprämie für Elektroautos über den 30. Juni 2019 hinaus verlängern, und welche Änderungen an der Förderung (z. B. Höhe der Prämie, Umstellung auf ein Bonus-Malus-System, Öffnung für weitere Fahrzeugklassen etc.) soll es bei einer Verlängerung geben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

60. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Stellungnahme des deutschen Anwaltvereins vom 26. April 2019, wonach im Rechtsdienstleistungsgesetz keine „Legal Tech“-Anbieter ohne Anwaltsspezifische Sorgfaltspflichten (zum Beispiel Verschwiegenheit, Interessenkonflikt-Meidung) gesondert zugelassen werden sollten (https://anwaltverein.de/de/newsroom/dav-kein-zusaetzlicher-regulierungsbedarf-fuer-legal-tech-angebote-rdg; https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/anwaeltinnen-und-anwaelte/berufsrecht/fdp-fraktion-will-legal-tech-im-rdg-freigeben), und

ist die Bundesregierung bereit, zu den bundesspezifischen Aspekten von „Legal-Tech“ sowie ihren dafür notwendigen Vorkehrungen, Auskunft zu geben?

61. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)

Wie viele Geldwäsche-, Drogen- und Waffendelikte sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Veröffentlichungspflicht bei der Bundesanzeiger Verlag GmbH bisher aufgedeckt worden?

62. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)

Weshalb gilt die Veröffentlichungspflicht für alle Unternehmen mit der entsprechenden Rechtsform, nicht aber für die Bundesanzeiger Verlag GmbH selbst (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/7585)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

63. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)

Für wie viele Beschäftigte in der Paket-, Express- und Kurierbranche sowie in der Gesamtwirtschaft wurden in den letzten sieben Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung A1-Entsendebescheinigungen bei der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) oder bei sonstigen zuständigen Behörden beantragt, und wie viele sind erteilt worden (bitte die Anzahl der Anträge und Erteilungen sowohl für die Branche und die Gesamtwirtschaft für die letzten sieben Jahre einzeln aufschlüsseln)?

64. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)

Wie viele der bereits erteilten A1-Entsendebescheinigungen wurden in den letzten sieben Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) oder bei sonstigen zuständigen Behörden überprüft beziehungsweise sind beanstandet worden (bitte die Anzahl der

überprüften und beanstandeten A1-Entsendebescheinigungen sowohl für die Branche und die Gesamtwirtschaft für die letzten sieben Jahre einzeln aufschlüsseln)?

65. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die berufliche Tätigkeiten ausüben, die durch Technologien ersetzt werden können oder in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sind, haben seit Beginn dieses Jahres im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses an einer Förderung der beruflichen Weiterbildung nach § 82 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch teilgenommen (bitte nach bundesweit und Bundesländern aufführen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

66. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kosten fallen konkret durch die Leerflüge der Flugbereitschaft zwischen dem Flughafen Köln/Bonn und Berlin an (bitte genau nach den Posten aufschlüsseln), und wie hoch waren diese einzelnen Kosten in den letzten fünf Jahren (bitte nach genauen Posten aufschlüsseln; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/9822)?

67. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit wurde analog zu der zwischen Zypern und Großbritannien im April 2019 unterzeichneten Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MoU) bzw. zwischen Zypern und Frankreich in 2016 unterzeichneten Vereinbarung, eine Vereinbarung bezüglich der Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit zwischen Deutschland und Zypern im Jahr 2019 (https://cyprus-mail.com/2019/04/04/cyprus-and-uk-sign-mou-on-defence-and-security/) unterzeichnet, und welche konkreten Maßnahmen bzw. -bereiche beinhaltet diese Vereinbarung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

68. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass sie in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 19/9662) schreibt, es gäbe keine Belege dafür, dass eine tierschutzgerechte Haltung bestimmter Wildtierarten in Zirkusbetrieben mit wechselnden Standorten grundsätzlich nicht möglich ist, die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft gerade einmal zwölf Tage später aber kurz nach einem Bericht der „Rheinischen Post“ (https://rp-online.de/politik/deutschland/tierschutz-landwirtschaftsministerin-julia-kloeckner-gegen-verbot-von-zirkustieren_aid-38443393) durch ihren Sprecher erklären lässt, „schon der häufige Ortswechsel und die Transporte sind aus Tierschutzgründen für Wildtiere problematisch“?

69. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche weiteren Schritte beabsichtigt die Bundesregierung bis wann in dieser Legislaturperiode zu unternehmen, um für Wildtiere wie etwa zum Beispiel Giraffen Haltungsverbote umzusetzen?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333